

CLEMENS BURRICHTER

GERD-RÜDIGER STEPHAN

Zur Theorie einer Analyse der Wissenschaftsentwicklung in der DDR

Die Herausforderungen der »Produktivkraft Wissenschaft« in der Orientierungskrise der DDR

In der DDR-Industriegesellschaft hatten Wissenschaft, Forschung und Technologie – wie in allen hochentwickelten Gesellschaften – für die Entwicklung einen ökonomisch und gesamtgesellschaftlich hohen Stellenwert. Das wurde auch von der Partielite so gesehen, freilich technokratisch-machtpolitisch verkürzt. Der Zentralismus und der marxistisch-leninistische Dogmatismus der Parteiführung setzten allerdings der notwendigen Wissenschaftsentwicklung und der Entfaltung ihrer Kreativität deutliche Grenzen und verursachten bedenkliche Verwerfungen.

Dennoch fand Wissenschaft statt und erbrachte Ergebnisse, die zum Wissensfundus unseres Landes weiterhin zu zählen sind. Das meint nicht nur – phänomenologisch betrachtet –, daß es in der DDR Wissenschaftsakteure gab, die diese Bezeichnung hatten und pflegten; und es meint auch nicht, daß es dort Institutionen gab, die dieses Etikett am Türschild und auf dem Briefkopf führten, sondern damit ist auch und ganz besonders gemeint, daß von diesen Wissenschaftlern in diesen wissenschaftlichen Einrichtungen auf der Grundlage eines bestimmten theoretischen Vorwissens systematisch entwickeltes neues Wissen kreiert wurde. Die heutige Ignoranz gegenüber den zu DDR-Zeiten nicht nur in den Natur- und Technikwissenschaften – erzeugten Wissensbeständen ist nach den wissenstheoretischen Kriterien unzulässig. Damit werden zudem gesellschaftliche (Wissens-) Ressourcen – allemal knapp – vergeudet.

Eine Zeitgeschichtsforschung, welche die Wissenschaftsentwicklung in der DDR zu untersuchen beabsichtigt, hat sich demnach auf die Erkenntnisprodukte der DDR-Wissenschaften zu konzentrieren und diese kritisch zu analysieren.

Dieser Hinweis erscheint notwendig, weil der zeitgeschichtliche »main stream« bei der Beschäftigung mit den DDR-Wissenschaften sich bisher vornehmlich auf die personale und die institutionelle Ebene konzentriert hat und die kognitive Ebene als Bestandteil des gesellschaftlichen Wissensfundus vernachlässigte. Evaluierungs- und Strukturkommissionen sahen ihre Aufgaben vor allem darin, das wissenschaftliche Personal auf seine Weiterbeschäftigung nach dem strukturellen Transformationsprozeß in der neuen Wissenschafts- und Forschungslandschaft zu beurteilen. Der wissenschaftliche Wissensfundus der DDR als solcher blieb dagegen bisher – disziplinär mal mehr, mal weniger – in Forschung und Lehre weitgehend ausgeblendet.

Clemens Burrichter –
Jg. 1932, Prof. Dr.,
Soziologe, Studium der
Soziologie, Philosophie und
Psychologie in Münster und
Berlin (Technische Univer-
sität), 1975-1993 Direktor
des Instituts für Gesell-
schaft und Wissenschaft
(IGW) an der Universität
Erlangen-Nürnberg; Unter-
suchungen, Publikationen
und laufende Forschungen
zur Wissenschaftsentwick-
lung in der DDR und den
sozialistischen Ländern.

Freilich kann dieser Wissensfundus nach dem gesellschaftstheoretischen Paradigmawechsel in Deutschland nach der Wende nicht einfach übernommen und in den fortlaufenden wissenschaftlichen Diskurs eingebracht werden, sondern es bedarf dazu einer kritischen, zugleich wissenschafts- und gesellschaftstheoretischen Rezeption. Eine solche kritische Rezeption wird wohl ganze Publikationsreihen aussondern, für den weiteren wissenschaftlichen Diskurs als ungenügend und irrelevant verwerfen müssen; aber es wird auch Relevantes auf diese Weise erkannt werden, und darum geht es hier.

Das alles verweist auf ein ganz wesentliches methodologisches Problem der heutigen Zeitgeschichtsschreibung in Deutschland. Wenn zeitgeschichtliche DDR-Forschung sich als Sozial- oder Gesellschaftsgeschichte begreift und sich nicht nur mit personalen und institutionellen Phänomenen beschäftigt, ist eine systematische und theoriegeleitete Analyse unabdingbar. Eine Sozial- oder Gesellschaftsgeschichte der DDR – die diesen Namen verdient – kann ohne den Rückgriff auf die theoretischen Offerten der Sozialwissenschaften nicht auskommen. Es reicht dann nicht aus, sich von Fall zu Fall und je nach Untersuchungsgegenstand flüchtig kundig zu machen, das sozialwissenschaftliche Theorievokabular als methodologischen »Persilschein« zu benutzen, um dann mit altbewährter Methodik an's Werk zu gehen. Eine zeitgeschichtliche DDR-Forschung in dem hier gemeinten Sinne ist nur als Historische Sozialforschung (Hans-Ulrich Wehler) zu verstehen.¹ Dies soll durch einige grundlegende Überlegungen zu einer Zeitgeschichte der Wissenschaftsentwicklung verdeutlicht werden.²

Wissenschaft und Gesellschaft

Nicht erst seit Max Weber, seitdem aber sehr konsequent und systematisch, wissen wir, daß handelnde Individuen und die Handlungszusammenhänge (Interaktionen) zwischen ihnen die Gesellschaft recht eigentlich konstituieren und dementsprechend auch nur über die gesellschaftlichen Handlungsprozesse wahrnehmbar sind. Gesellschaftswissenschaften sind Handlungswissenschaften.

Das gilt für die Wissenschaft wie für alle anderen Teilsysteme der Gesellschaft. In ihnen handeln Individuen und diese für sie. Von daher erklärt sich die eigentümliche Dialektik von Autonomie und Heteronomie im wissenschaftlichen Handeln, über deren jeweils historische Auflösung seit Beginn der modernen Wissenschaft ständig gestritten wird.³

Wissenschaft – so besehen – ist stets eine gesellschaftliche Veranstaltung, weil sie (wesentlicher) Teil im gesellschaftlichen Handlungszusammenhang ist und für die problematischen Handlungsprozesse systematisch neues Wissen – Problemlösungswissen – produziert. Um Wissenschaftsentwicklungen verstehen und erklären zu können, ist somit der Grad ihrer Vergesellschaftung zu berücksichtigen.

Für die DDR meint das, neben dem Grad ihrer Politisierung auch das Maß der von den Wissenschaftlern wahrgenommenen gesellschaftlichen Verantwortung offenzulegen. Denn – so wird hier vermutet – ihre Grenzen fanden die totalitären Zugriffsversuche der

Gert-Rüdiger Stephan – Jg. 1961, Historiker, Studium an der Universität Leipzig, 1988-1990 Aspirantur an der Akademie für Gesellschaftswissenschaften, 1991-1994 am Institut für zeitgeschichtliche Jugendforschung, z.Z. Stipendiat des Stifterverbandes für die deutsche Wissenschaft; Buch- und Zeitschriftenpublikationen zur Geschichte der DDR, der FDJ sowie der deutsch-deutschen Beziehungen.

Der vorliegende Beitrag und die nachfolgenden drei Artikel wurden auf einer interdisziplinären Arbeitstagung zu aktuellen Problemen und Aufgaben der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung als Historische Sozialwissenschaft am 14./15. Juni 1996 in Leipzig vorgetragen. Damit wurde eine lose Veranstaltungsreihe fortgesetzt, die ihren Ausgangspunkt im November 1995 am Werbellinsee genommen hatte. Diese Aktivitäten wurden vom Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft, Essen unterstützt. Zur Tagung am Werbellinsee vgl. Manfred Jäger: DDR-Forschung als historische Sozialforschung, in: Deutschland Archiv, H. 3/1996, S. 460ff.

1 Vgl. Clemens Burrichter, Gerd-Rüdiger Stephan: Die DDR als Untersuchungsgegenstand einer Historischen Sozialforschung. Ergebnisse, Defizite und Perspektiven, in: Ebenda, S. 444ff.

2 Um einigen defensiven Mißverständnissen zu begegnen, sei darauf verwiesen, daß die Anbahnung einer Historischen Sozialforschung innerhalb der zeitgeschichtlichen DDR-Forschung nicht meint, die Ereignisgeschichte und andere historiographische Methodiken seien überflüssig – sie sind durchaus notwendig, aber nicht hinreichend.

3 Letztes Beispiel dieser wissenschaftstheoretischen Grundsatzdiskussion ist das »Plädoyer für bessere Rahmenbedingungen der Forschung in Deutschland« der Deutschen Forschungsgemeinschaft (Weinheim u. a. 1996), in dem eine eigenwillige zweistufige Heteronomie entwickelt und gefordert wird: Autonomie für die Forschung, die vom Staat jedoch Schutz erwartet (Heteronomie), wenn gesellschaftliche Forderungen lästig werden.

4 Vgl. u. a. Hartmut Zimmermann: Wissenschaftlich-technische Revolution in der DDR. Studien zur Entwicklungs- und Problemgeschichte des gesellschaftlichen Konzepts der SED seit Mitte der fünfziger Jahre. Dissertation, Berlin 1981 (Manuskript).

5 Günter Benser: Zusammenschluß von KPD und SPD 1945. Erklärungsversuche jenseits von Jubel und Verdammnis (hefte zur ddr-geschichte 27), Berlin 1995, S. 19.

Politik dort, wo im wissenschaftlichen Selbstverständnis der Akteure die gesellschaftliche Verantwortung mit den dogmatischen Erwartungen in Widerspruch geriet und dieser thematisiert wurde.

Das strukturelle und funktionale Eingebundensein der Wissenschaften in die gesellschaftlichen Handlungszusammenhänge und die daraus abgeleitete (normative) Rede von ihrer genuinen Vergesellschaftung macht es notwendig, die soziale Verfassung dieser Gesellschaft zu ermitteln. Wenn es die gesellschaftliche Funktion der Wissenschaften ist, neues Wissen – Problemlösungswissen – zu produzieren, dann stellt sich die Frage nach der Wissensbedürftigkeit der Gesellschaft. Erst vor dem Hintergrund einer solchen sensensoziologischen Zustandsbeschreibung läßt sich die allgemeine Funktionsbeschreibung – Wissensproduzent – weiter präzisieren.

Auswirkungen der wissenschaftlich-technischen Revolution

Auf die seit Beginn der fünfziger Jahre in den westlichen Demokratien geführten gesellschaftstheoretischen Diskussionen zu den Herausforderungen der Industrialisierung, Hochindustrialisierung und schließlich ihrer Technologisierung (erste, zweite und dritte industrielle Revolution; »Postmoderne«) reagierten die Theoretiker in den realsozialistischen Gesellschaften mit dem Konzept der »wissenschaftlich-technischen Revolution« (WTR).⁴ Die Möglichkeiten des wissenschaftlich-technischen Fortschritts« – so wurde vorgegeben – seien mit den »Vorzügen des Sozialismus« möglichst optimal zu verknüpfen. Es wäre jedoch zu wenig differenziert (kruder Totalitarismus), davon auszugehen, diese dogmatischen Vorgaben seien jeweils expressis verbis und mit totalitärer Gründlichkeit von der Politik an die Wissenschaften herangetragen worden. Dabei würde die spezifische politische Sozialisation der DDR-Wissenschaftler außer acht gelassen. Was Günter Benser inzwischen für die Geschichtswissenschaften konstatierte, darf wohl hypothetisch – verallgemeinert werden: »Es war dies ein theoretisches Koordinationssystem der Geschichtswissenschaft, das die meisten Historiker so verinnerlicht hatten, daß es ihnen nicht von außen her abverlangt werden mußte.«⁵

Konstant zu halten war in den WTR-Diskussionen die von der SED-Politbürokratie verbindlich vorgegebene »marxistisch-leninistische Sozialismustheorie«, die gegebenenfalls höchstens »weiterentwickelt« werden sollte (horizontale Theorieproduktion). Die seit den fünfziger Jahren immer wieder von Gesellschaftswissenschaftlern angeregten »Widerspruchs« Diskussionen verdeutlichen, daß eine paradigmatische Weiterentwicklung (vertikale Theorieproduktion; auch in den »realsozialistischen Gesellschaften« gäbe es demnach im Gefolge der WTR »antagonistische Widersprüche«) ex cathedra verhindert wurde – zumindest jede öffentliche Diskussion zu dieser Problematik.

Bis zum Ende der DDR galt – unbeschadet von interessanten horizontalen Ausdifferenzierungen – das, was Hartmut Zimmermann schon Anfang der achtziger Jahre festgestellt hatte, nämlich die mit dem Wirksamwerden der WTR aufkommenden gesellschaftstheoretischen Grundsatzfragen: »Gibt es einen [antagonisti-

schen – d. A.] Widerspruch zwischen Produktivkraftentwicklung und Produktionsverhältnissen trotz geänderter Eigentumsordnung, liegt das eigentlich gesellschaftsverändernde Element in den Produktivkräften? Sind Veränderungen in den Produktionsverhältnissen spontanen Zwängen der WTR geschuldet und letztlich nicht dem planenden, bewußten Eingriff der Partei? Auf diese Fragen hat es bis heute keine eindeutige Antwort gegeben.«⁶

Innerhalb der modernisierungs-theoretischen Offerten – und wir beziehen uns hier auf die verschiedenen Varianten einer »reflexiven Modernisierung« (Ulrich Beck, Helga Nowotny u.a.) – werden diese Fragen als Indikatoren für das Vorhandensein von Orientierungsdefiziten interpretiert. Diese Orientierungsdefizite sind jedoch nicht durch politische Willens- und Machtakte aufzulösen, sondern vor allem durch die »radikale« Reflexion und Diskussion neuer normativer Handlungsorientierungen. Gemeint ist damit ein diskursiver Paradigmawechsel auf der gesellschaftstheoretischen Ebene. Solche Diagnosen zeigen damit eine Orientierungskrise der WTR-Gesellschaften an, übrigens schon in den achtziger Jahren als eine analoge Herausforderung für die antagonistischen Gesellschaften in Ost und West.

6 Hartmut Zimmermann (vgl. Anm. 5), S. 201.

Typen des theoretischen Denkens

Wir konstatieren vor dem Hintergrund dieser Gesellschaftsanalysen einen Wissensbedarf an Orientierungswissen und schlußfolgern daraus, daß eine im oben aufgezeigten Sinne vergesellschaftete (Gesellschafts-)Wissenschaft sich diesen Herausforderungen zu stellen hat. Inwieweit sie diese Aufgabe erkannt und angenommen hat, läßt sich schlüssig über die Theorieproduktion und -diskussion analysieren. Auf die Gesellschaftswissenschaften der DDR gewendet bedeutet dies allerdings, über das theoretische Denken unter den Bedingungen einer totalitär verfaßten Gesellschaft nachzudenken.

Gesellschaftliches Orientierungswissen ist von den geltenden und akzeptierten Normen und Werten her operationalisiertes Wissen um die individuellen und kollektiven Handlungsziele. Orientierungswissen für das wissenschaftliche Handeln ist die den Wissenschaftler in seinem Erkenntnisinteresse leitende Theorie, unabhängig von ihrer Konsistenz. Auch das von den Gesellschaftswissenschaftlern in den öffentlichen, außerwissenschaftlichen Normen- und Wertediskurs eingebrachte Orientierungswissen ist zunächst theoretischer Natur – was nicht selten zu Verständigungsschwierigkeiten führt.

Seit Thomas S. Kuhns Arbeiten zur »Struktur wissenschaftlicher Revolutionen« wissen wir, daß der Umgang mit Theorien (Paradigmata) sehr unterschiedlich sein kann. Selbst die Feststellung von Antinomien kann die Anhänger einer Theorie nicht schon zum Paradigmawechsel veranlassen. Das theoretische Denken ist vergleichsweise konservativ. Selbst progressive Querdenker sind in aller Regel auf der Theorieebene auch gegenüber Widersprüchen beharrlich. Theorien sind aus sich heraus nicht lernfähig in dem Sinne, daß sie sich selbst grundsätzlich in Frage stellen. Und doch zeigt die Wissenschafts- und Theoriegeschichte, daß aufgrund von

Erfahrung und Empirie das theoretische Denken aus seinen an sich konservativen Bahnen geworfen wird. Die Schlüsselfrage ist, ob theoretisches Denken aufgrund empirisch belegter theoretischer Antinomien sein kognitives Beharrungsvermögen überwinden kann. Diese Frage ist auch an die Theoriediskussionen in den Gesellschaftswissenschaften der DDR zu stellen.

Dabei wollen wir drei (Ideal-) Typen theoretischen Denkens unterscheiden, Typen, die u. E. auch in den bürgerlichen Wissenschaften anzutreffen sind – freilich unter anderen gesellschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen (Pluralismus).

Weiterhin gehen wir davon aus, daß Denkstrukturen neben der individuellen mentalen Disposition im Verlauf der beruflichen – hier: wissenschaftlichen – Sozialisation vom gesellschaftlichen und politischen Umfeld geprägt werden. Ohne die systematische Ableitung der hier vorgeschlagenen Denktypen im einzelnen aufzuzeigen, sei lediglich darauf verwiesen, daß wir für die Analyse der DDR-Wissenschaften folgendes vorschlagen:

Für die *Konstituierungsphase* (bis Ende der fünfziger Jahre) zeichnet sich – bestätigt durch bisherige Archivstudien – ein Denktypus ab, den wir als antagonistische Theorieproduktion bezeichnen. Es dominiert die äußerst polemische Auseinandersetzung mit den »bürgerlichen« Wissenschaften ohne einen eigenen theoretischen Beitrag zur Weiterentwicklung der marxistischen Wissenschaftstheorie.

In der *Konsolidierungsphase* (bis Anfang der siebziger Jahre) bietet sich folgendes Bild: Seit Anfang der sechziger Jahre bildet sich in den DDR-Wissenschaften ein neues, anderes Selbst- und Rollenverständnis heraus, das sich zunehmend deutlicher vom traditionellen, »bürgerlichen« Wissenschaftsverständnis abhebt und in dem »Parteilichkeit« durchaus nicht als rigorose Unterordnung unter eine totalitär verfaßte Politik verstanden wird. Wir registrieren Ansätze zu einem Wissenschaftsethos mit heteronomem Normensegment. Man weiß sich gegenüber gesellschaftlichen Problemen verantwortlich – z. T. auch gegen die realitätsferne Problemwahrnehmung der Politik. Wir bezeichnen diesen Typus als komplementäre Theorieproduktion; gemeint ist damit ein Problemlösungsdenken, das sich stärker an den DDR-internen gesellschaftlichen Herausforderungen ausrichtet. Es kommen Diskussionen auf, in denen die Ursachen der gravierenden Probleme in der DDR-Gesellschaft nicht allein als »imperialistischer« Import abgehakt werden. Innerhalb dieser Theoriediskussion, die sich fast durchgängig als marxistische versteht, werden sehr unterschiedliche Theorieofferten herausgebildet.

In der *Phase der Orientierungskrise* (etwa ab Mitte der siebziger Jahre) zeigen die Theoriediskussionen eine neue Variante. Es werden alternative Theorieofferten gedacht und vorgestellt. In der Regel handelt es sich um Partialtheorien, die freilich auf der Basis entsprechender Analysen ein oder mehrere normative Essentials der offiziellen SED-Theorie in Frage stellen. Wir bezeichnen diesen Typus als alternative Theorieproduktion.

Natürlich lassen sich die so ermittelten Denktypen nicht eindeutig der jeweiligen Phase zuordnen. Die Grenzen verlaufen fließend.

So lassen sich auch Denkstrukturen in der Schlußphase der DDR aufzeigen, die an der antagonistischen Theoriereproduktion festhalten. Ebenso ist in der Phase der Orientierungskrise das komplementäre Theoriedenken verbreitet.

Die Gesamtuntersuchung zur DDR-Wissenschaftsentwicklung soll sich im Kern auf ausgewählte Bereiche der zentralen wissenschaftlichen Einrichtungen konzentrieren. Als Untersuchungsfelder sind u. a. vorgesehen:

Erstens: Für den Bereich der Gesellschaftswissenschaften soll die Entwicklung eines Instituts der Akademie der Wissenschaften der DDR (AdW) von seiner Gründung bis 1989 untersucht werden (z. B. Institut für Wirtschaftsgeschichte).

Zweitens: Für den Bereich der Naturwissenschaften ist vorgesehen, das Zentralinstitut der AdW für Genetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben über den Gesamtzeitraum zu untersuchen.

Drittens: Des weiteren soll eine Analyse der wissenschaftstheoretischen Diskussionen in der DDR vorgenommen werden, wie sie vornehmlich am AdW-Institut für Wissenschaftstheorie und -organisation bearbeitet wurde.

Viertens: Für den Zeitraum der achtziger Jahre ist eine Analyse des Verhältnisses von Gesellschaftswissenschaften und SED-Politik auf der Basis von Fallstudien, welche die zentralen Schwerpunkte der gesellschaftswissenschaftlichen Forschung in der DDR betreffen, geplant.

Der hier vorgestellte Forschungsansatz soll im weiteren anhand des Konzeptes zur Bearbeitung des letztgenannten Themas näher dargestellt werden.

Zum Verhältnis von Politik und Wissenschaft in der DDR im Kontext von Reformüberlegungen für das realsozialistische System

In einer Analyse des Verhältnisses von DDR-Gesellschaftswissenschaften und SED-Politik in den achtziger Jahren sollen die theoretischen Ansätze zur »reflexiven Modernisierung« auf die DDR-Gesellschaft – trotz deren partieller technologischer Rückständigkeit – angewandt werden. Dabei ist zu klären, inwieweit in den Gesellschaftswissenschaften der DDR die Orientierungskrise reflektiert und die Notwendigkeit von neuem Orientierungswissen erkannt wurde. Weiterhin gilt es nachzufragen, welche Reaktionen es seitens der Politik auf solche Ansätze gab.

Dabei ist zu berücksichtigen, daß sich der gesellschaftstheoretische Diskurs im Kontext der marxistisch-leninistischen Theorie bewegte. Unser Erkenntnisinteresse konzentriert sich auf die Kreation und Diskussion von notwendigem Wissen für die Gesellschaft durch die DDR-Gesellschaftswissenschaften. Die Untersuchung wird versuchen herauszufinden, inwieweit theoretische »Grenzüberschreitungen« diskutiert wurden (u.a. hinsichtlich der WTR).

Unsere forschungsleitende Hypothese ist, daß in den theoretisch orientierten Gesellschaftswissenschaften in der DDR weiterführende, »revisionistische« Vorstellungen entwickelt wurden, die das Politbüro und die entsprechenden Abteilungen des ZK entweder nicht zur Kenntnis nahmen oder negierten. D.h. die Realitätsferne

und Politikunfähigkeit der SED-Führungskader kontrastierte mit vereinzelt wissenschaftsinternen Ansätzen zu einer paradigmatischen Weiterentwicklung in den Gesellschaftswissenschaften.

Das systemspezifische, interdependente Verhältnis zwischen Wissenschaft und Politik in der realsozialistischen DDR-Gesellschaft soll für die Zeit vom Ende der siebziger bis zum Ende der achtziger Jahre bearbeitet werden. Es wird davon ausgegangen, daß der totalitäre Charakter des politischen Systems seine Grenzen in der relativen Selbständigkeit (Autonomie) des wissenschaftlichen Handelns fand. Die Untersuchung beabsichtigt u. a., das spannungsreiche und sich wandelnde Verhältnis zwischen politischer Theorie (totalitärer Anspruch der Partei) und Realität (faktisches Forschungshandeln der Gesellschaftswissenschaftler) über einen Zeitraum von über zehn Jahren zu analysieren.

Ausdrücklich versteht sich die Untersuchung im Rahmen einer zeitgeschichtlichen DDR-Forschung als Historischer Sozialforschung. Die gewonnenen Erkenntnisse sollen Entwicklungsprozesse im Verhältnis von Wissenschaft, Politik und Gesellschaft in der DDR durch theoriegeleitete Analyse erklären helfen.

Wissenschaft als Problemlösungsinstanz

Neben anderen gesellschaftlichen Wissensproduzenten, wie Kunst, Kultur, Religion, Alltag und Politik, ist die systematische Wissensproduktion von Wissenschaft immer auch im Kontext der jeweiligen gesellschaftlichen Verhältnisse zu sehen. Das meint, daß auch eine totalitär verfaßte Politik nicht in der Lage ist, den wissenschaftlichen Erkenntnisprozeß an den gesellschaftlichen und den spezifisch wissenschaftlichen Wissensbedürfnissen (Problemfeldern) vorbei nur auf ihre dogmatischen Problemsichten hin zu verengen, allemal wenn die politische Problemwahrnehmung zunehmend unrealistischer wird. Das schließt die Frage ein, welche Konflikte mit der Politik durch eine realistische Sichtweise der Wissenschaft auftraten.

Unter Bezug auf die oben dargestellte WTR-Diskussion sollen unter Rückgriff auf handlungs- und problemtheoretische Ansätze und deren Operationalisierung auf die Situation in der DDR folgende Wissenstypen unterschieden werden:

Orientierungswissen meint die normativen Bewußtseinsinhalte, die den Handelnden wissen lassen, *was* er erreichen will;

Strategiewissen besagt, auf welchem Wege – *wie* – er das angestrebte Ziel erreicht; und mit

Ressourcenwissen ist gemeint, welche Mittel notwendig sind – *womit* –, um das Ziel über den Strategieweg zu erreichen.

Die Wissenschaftspolitik in der DDR galt als ein »organischer Bestandteil« der SED-Gesellschaftspolitik. Die Parteiführung erhob den Anspruch, selbst die oberste wissenschaftliche Instanz in grundlegenden theoretischen Fragen zu sein, durch Parteibeschlüsse den Marxismus-Leninismus als allein gültige Theorie zu interpretieren und über die »Reinheit der Lehre« zu wachen. Politik wurde so mit Wissenschaft gleichgesetzt. Von der Kopplung des »Wahrheitsmonopols« mit dem Machtmonopol leitete die SED ihre Leitungsstrategie gegenüber den Gesellschaftswissenschaften her.⁷

7 Vgl. Gregor Schirmer: Sisyphos im Gipfelsturm. Wissenschafts- und Hochschulpolitik der SED, in: Hans Modrow (Hrsg.): Das Große Haus. Insider bericht-

Von den Gesellschaftswissenschaften in der DDR wurde allenfalls strategisches und Ressourcenwissen erwartet, das für das politische System technokratisch zur Effektivierung des ordnungspolitischen status quo genutzt werden konnte.

Der wissenschaftliche Erkenntnisprozeß kann durch totalitäre Zugriffsversuche der Politik allerdings nicht auf die Produktion von Strategie- und Ressourcenwissen verkürzt werden, insbesondere dann nicht, wenn die zu untersuchenden gesellschaftlichen Problemstellungen grundsätzlich theorie relevant sind und auf dieser normativen Ebene Defizite oder Antinomien aufzeigen.

Wie kompliziert die Gratwanderung der Politik hinsichtlich der Gesellschaftswissenschaften war, demonstriert z. B., daß von Honecker im Bericht des ZK der SED an den X. Parteitag 1981 Rahmenbedingungen und Anforderungen an die DDR-Gesellschaftswissenschaftler formuliert wurden, in denen trotz orthodoxer Marxismus-Rezeption gewisse Denkspielräume für das Theoretisieren angezeigt waren.⁸

Wir gehen – wie bereits ausführlicher dargestellt – von der Annahme aus, daß sich seit den sechziger Jahren und in den siebziger Jahren in der DDR ein verändertes Wissenschaftsverständnis entwickelt hat. Dieses bedeutete eben nicht, daß sich die »Parteilichkeit« des DDR-Wissenschaftlers als alleinige Unterordnung unter das Diktat einer vom Anspruch totalitären Politik verstand. Vielmehr entwickelte sich ein neues, noch genauer zu charakterisierendes Wissenschaftlerethos.

Die Untersuchung soll das spannungsreiche Verhältnis zwischen Politik und Gesellschaftswissenschaften anhand von Fallstudien diachron analysieren.⁹ Dabei steht die Frage im Vordergrund, wie einerseits die Politik und andererseits die Gesellschaftswissenschaften die Probleme der DDR-Gesellschaft erkannt, artikuliert, diskutiert, verdrängt, ignoriert bzw. analysiert haben.

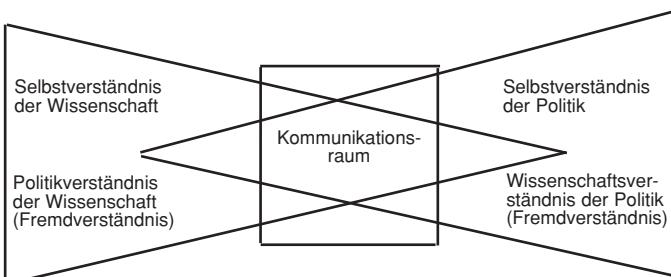
Methodologische Matrix

Von unserem handlungstheoretischen Untersuchungsansatz her wird die Interaktion zwischen Politik und Wissenschaft jeweils durch das Selbst- und Fremdverständnis voneinander geprägt. Das meint konkret: Sowohl Politik wie Wissenschaft agieren mit einem spezifischen Selbstverständnis. Dieses Selbstverständnis wird in konkreten Handlungssituationen durch das Fremdverständnis vom Gegenüber modifiziert und präzisiert.

ten aus dem ZK der SED, Berlin 1994, S.124 f.

8 Vgl. den Bericht in: Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin, 11. bis 16. April 1981. Bd. 1, Berlin 1981, S. 28ff. Darin hieß es u. a.: »Wir fordern unsere Gesellschaftswissenschaftler auf, durch neue wissenschaftliche Erkenntnisse zur Lösung der in den achtziger Jahren heranreifenden Probleme der Gestaltung der entwickelten sozialistischen Gesellschaft beizutragen. Dabei wird eine wesentliche Aufgabe sein, den Sozialismus als realen Humanismus unserer Epoche überzeugend theoretisch zu begründen, seine Gesetzmäßigkeiten und Triebkräfte, seine Vorzüge und Werte tiefgründig zu untersuchen und noch überzeugender darzulegen.« (Ebenda, S. 99.)

9 Eine Fallstudie hat die »zentralen Forschungspläne der marxistisch-leninistischen Gesellschaftswissenschaften« (1981-1985 sowie 1986-1990) zum Gegenstand, eine weitere widmet sich den Studien, die durch die zentralen DDR-Wissenschaftsinstitutionen in Vorbereitung der SED-Parteitage von 1986 und 1990 zu vorgegebenen gesellschaftspolitischen Problemen ausgearbeitet wurden.



Die Wissenschaft traf dabei mit ihrem Selbstverständnis von Wissenschaft und einem Fremdverständnis von Politik auf die Politik der SED-Führung. Das Politbüro besaß ein Selbstverständnis von Politik und begegnete den Wissenschaften mit einem Fremdverständnis von Wissenschaften. Entscheidend wirkte sich nun aus, in welcher Weise Fremdverständnis und Selbstverständnis jeweils in Übereinstimmung zu bringen waren, und außerdem, wie sich die Akteure mit ihren jeweiligen Auffassungen begegneten und austauschten.

Die Veränderungen, die sich kognitiv und zeitlich innerhalb der Gesellschaftswissenschaften vollzogen, stehen für uns im Vordergrund. U.a. soll eine Einteilung verschiedener Typen von Sozialwissenschaftlern in der DDR entwickelt werden. Entscheidungskriterium soll sein, wie der Wissenschaftler sein Verständnis von Wissenschaft und sein Verhältnis zur Politik definiert. Die Skala reicht vom Wissenschaftler als »Parteiarbeiter« bis zum theorieorientierten »Querdenker«.

Außerdem gilt es herauszufinden, welcher Wandel sich in den politischen und wissenschaftlichen Selbst- und Fremdverständnissen vollzogen hat. Eine statische Analyse ist nicht möglich.

Das Verhältnis von SED-Politik und den unmittelbar oder mittelbar von der Partei gesteuerten Gesellschaftswissenschaften vollzog sich auf drei Ebenen,

der *Makroebene* (gesellschaftliche Realität in der DDR unter den Bedingungen eines gesamtgesellschaftlichen Wandlungsprozesses, wie z. B. der WTR),

der *Mesoebene* (Reaktion auf diese Herausforderungen in Politik und Wissenschaft),

der *Mikroebene* (konkrete Forschungen bzw. Forschungsergebnisse zu den erkannten Problemen).

Wenn man die »gesamtgesellschaftliche« Situation in der DDR in den achtziger Jahren zugrunde legt, kann von einer *Orientierungskrise* des realsozialistischen Systems im Osten Deutschlands ausgegangen werden. Dieser fundamentalen Erschütterung mußten sich Politik und Gesellschaftswissenschaften stellen. Wir haben darauf hingewiesen, daß die postindustriell bzw. postmodern entwickelten Industriegesellschaften, zu denen die DDR zu rechnen ist, an der Schwelle zu den achtziger Jahren *Orientierungswissen* benötigen, um den rasanten Veränderungen auf den entscheidenden gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Ebenen und Strukturen entsprechen zu können.

Zunächst wäre also zu analysieren, ob im Bereich von Politik und Gesellschaftswissenschaften den handelnden Personen bzw. Personengruppen die von uns diagnostizierte Orientierungskrise bewußt geworden ist. An die vorliegenden Quellen muß dementsprechend die Frage gestellt werden, inwieweit sich Zweifel an den Grundprinzipien der realsozialistischen Machtausübung (»Diktatur des Proletariats«, führende Rolle der Partei, staatliches Eigentum, Prinzipien der Planwirtschaft, Ideologie des Marxismus-Leninismus, Prinzipien des demokratischen Zentralismus, »proletarischer/sozialistischer Internationalismus«) geäußert bzw. inwieweit solche Zweifel artikuliert wurden.

Die Problemstellung schließt ein, die Rolle der Gesellschaftswissenschaften im realsozialistischen System einzuschätzen. Für die achtziger Jahre soll analysiert werden, ob dieser Bereich in die Lage versetzt wurde, ob die Gesellschaftswissenschaftler die Notwendigkeit der Produktion von *Orientierungswissen* erkannten. Ist dies seitens der politischen Führung angefordert worden? Wie wurde die Gesellschaftswissenschaft also den objektiven Anforderungen und darüber hinaus ihren eigenen subjektiven Ansprüchen gerecht?

Aus dem oben skizzierten Ansatz ergibt sich weiterhin eine notwendige Konzentration auf das theoretische Denken und auf die Unterscheidung der oben skizzierten verschiedenen Denktypen (antagonistische Theorieproduzenten, komplementäre Theorieproduzenten, alternative Theorieproduzenten).

Gesellschaftliche Anforderungen der achtziger Jahre

Bereits im Zusammenhang mit der Vorbereitung des X. SED-Parteitagess 1981 soll untersucht werden, wie sich die SED-Führung beraten ließ? Dabei stellt sich die Frage nach der Rolle der Wissenschaft, insbesondere der Gesellschaftswissenschaften, im realsozialistischen System. Welche Funktion nahm die Wissenschaft in einer Gesellschaft wie der DDR wahr?

Auf einer Konferenz 1981 in Berlin verwies der Präsident der Akademie der Wissenschaften der DDR, Werner Scheler, auf den »Kern des Problems«: »Welche gesellschaftlichen Bedingungen erfordert bzw. erzwingt die wissenschaftliche Revolution, verstanden als Prozeß qualitativer Wandlungen im System der Produktivkräfte? Wie also müssen wir die gesellschaftliche Ordnung – im weitesten Sinne gemeint – gestalten, um die Existenzfragen der Menschheit mit Hilfe von Wissenschaft und Technik zu lösen?«¹⁰

Dabei wurde von durchaus realistischen Einschätzungen zur Situation am Ende der siebziger Jahre ausgegangen. Z. B. konnte die Weltwirtschaftskrise mit ihren Auswirkungen recht präzise erfaßt werden. Gewissermaßen in Erwiderung auf die postindustrielle Entwicklung im Westen sollten sich die Anstrengungen der sozialistischen Staaten auf die Entwicklung der Hochtechnologien (Mikroelektronik u.a.) konzentrieren. Eine Analyse der »Bedürfnisgestaltung« war eine wichtige Aufgabe der Gesellschaftswissenschaften. Vor allem schälte sich in der Diskussion die Möglichkeit der sogenannten intensiv erweiterten Reproduktion als Ausweg aus dem Dilemma der versiegenden extensiven Wachstumsquellen heraus. Hier gab es offenbar eine gewisse Korrespondenz zwischen wissenschaftlichem Forschungsinteresse und dem von der SED postulierten Erkenntnisauftrag.

Die eine Seite war also das Wissen um die Veränderung der Grundlagen und Umstände, auch das Wissen um notwendige strukturelle Veränderungen, die andere Seite war die Reaktion der Politik. Da blieb eine beabsichtigte Verbindung der sogenannten Vorzüge des Sozialismus mit den »Errungenschaften« der wissenschaftlich-technischen Revolution im Grunde ein Schlagwort, weil diese Formulierung in der praktischen Politik nicht untersetzt wurde. Hier offenbart sich ein technokratisches Wissenschafts-

10 Vgl. P. N. Fedoseev, W. Kalweit, G. Kröber (Hrsg.): Sozialismus und wissenschaftlich-technische Revolution. Teil 1, Berlin 1983, S. 6.

11 Vgl. Protokoll der Verhandlungen des X. Parteitages der Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands im Palast der Republik in Berlin. 11. bis 16. April 1981. Bd. 1, Berlin 1981, S. 64ff.

12 Vgl. Clemens Burrichter: Zur Kontingenz ideologischer Reformation im wissenschaftlichen Zeitalter. Die Funktion der Wissenschaften bei der Reparatur des beschädigten marxistisch-leninistischen Orientierungssystems in der DDR, in: Ideologie und gesellschaftliche Entwicklung in der DDR. 18. Tagung zum Stand der DDR-Forschung in der Bundesrepublik Deutschland, 28. bis 31. Mai 1985, Köln 1985, S. 51.

verständnis. Die ideologische Vermittlung konzentrierte sich auf zehn Punkte einer ökonomischen Strategie, wie sie auf dem X. Parteitag definiert worden waren.¹¹ Für dieses Vorgehen gab es sicherlich mehrere Gründe. Vor allem: Die politische Führung wollte (und konnte) die Prinzipien des sowjetischen Grundmodells des Sozialismus, zumindest zu diesem Zeitpunkt, nicht in Frage stellen, auch nicht partiell.

Allerdings war in der DDR bereits Ende der siebziger Jahre eine sehr komplizierte gesellschaftliche Situation entstanden. Es ist zu konstatieren, daß für die Führung der SED beträchtliche Orientierungsprobleme auftraten, d. h., daß sie entsprechend der realen gesamtgesellschaftlichen Situation, unter dem Druck von objektiven Erfordernissen vor allem im Rahmen des Systemwettstreits, in die Verlegenheit geraten war, nicht zu wissen, was sie genau wollte (Werte und Normen), wie sie ihre Ziele erreichen und mit welchen Mitteln sie das gesetzte Ziel über eine entsprechende Strategie anstreben konnte.¹² Insoweit ist die damalige Lage als eine gesellschaftliche Orientierungskrise mit grundsätzlichen Strategieproblemen und Ressourcendefiziten zu bezeichnen.

Die laufenden Forschungen zur Entwicklung der DDR-Wissenschaft und ihres Verhältnisses zur Politik werden näheren Aufschluß über die hier dargelegten Problemfelder geben.